

# «Die Initiative ist ein Hilferuf der Gemeinden»

Der Liestaler Stadtpräsident Lukas Ott will eine günstigere PK-Sanierung erzwingen

Von Thomas Gubler

**Liestal.** Eine Ausfinanzierung der Deckungslücke der Basellandschaftlichen Pensionskasse (BLPK) von über 2,3 Milliarden Franken über 40 Jahre, wobei Kanton und Gemeinden ihren Anteil selber tragen. Diese Lösung sei für die Gemeinden nicht tragbar, argumentieren die Initianten der Gemeindeinitiative und verlangen eine Ausfinanzierung allein durch den Kanton. Doch neben einer einheitlichen und solidarischen Lösung wollen die Initianten laut dem Liestaler Stadtpräsidenten Lukas Ott letztlich vor allem eines: den Kanton zu einer billigeren Sanierung wie beispielsweise einer Teil- statt der vorgesehenen Vollkapitalisierung bewegen.

**BaZ:** Herr Ott, Sie gehören zu den Initianten der sogenannten Gemeindeinitiative zur Ausfinanzierung der Deckungslücke bei der Basellandschaftlichen Pensionskasse (BLPK). Welches sind die Beweggründe der Initianten, den Kanton zur alleinigen Ausfinanzierung zu verpflichten?

**Lukas Ott:** In erster Linie ist es der Leidensdruck der Gemeinden, der uns zu diesem doch recht drastischen Mittel veranlasst hat. Wir haben lange versucht, uns in den Reformprozess, dessen Notwendigkeit absolut unbestritten ist, einzubringen, denn wir sind der Meinung, dass die Sanierung gemäss Regierungsvorlage die finanziellen Möglichkeiten der Gemeinden bei Weitem übersteigt. Wir wollten andere Lösungen wie eine Teilkapitalisierung statt der vorgeschlagenen Vollkapitalisierung in die Diskussion einbringen, hatten aber keine Chance, damit durchzudringen.

**Wollen Sie damit sagen, dass der Kanton die Gemeinden nicht ernst nimmt?**

Ja, die Initiative ist ein Hilferuf der Gemeinden, dass man sie endlich wahrnimmt. Und wir wundern uns, dass für den Kanton, der doch an allen Ecken spart, nur die teuerste Lösung, die Vollkapitalisierung, infrage kommt. Denn je höher der Aufwand für die Sanierung ausfällt, desto höher wird der Druck auf die Rentenleistungen sein. Weder Arbeitgeber noch Arbeitnehmer können daran ein Interesse haben.

**Aber kann man generell von einer Überforderung der Gemeinden sprechen? Es gibt ja schliesslich nicht nur arme Gemeinden?**

Nein, aber es ist eine Mehrheit der Gemeinden, die finanzschwach sind und finanziell überfordert würden. Man sieht ja im Finanzausgleich, wie viele Gemeinden im Kanton Nettozahler und wie viele Nettobezüger sind. Die finanzschwachen Gemeinden müssten entweder die Steuern erhöhen oder die Investitionen zurückfahren und an der Sparschraube drehen – und das auf 40 Jahre hinaus. Hier will die Initiative verhindern, dass der Graben

zwischen finanzstarken und -schwachen Gemeinden noch grösser wird. Denn die finanzstarken können sich einen Austritt leisten oder die Sanierung viel schneller durchführen, während die finanzschwachen in eine Abwärtsspirale gerieten.

**Sie kritisieren den Kanton wegen der teuren Lösung, verlangen aber gleichzeitig, dass er die Ausfinanzierung von über 2,3 Milliarden Franken allein trägt. Passt das zusammen?**

Wenn der Kanton das Gefühl hat, dass man eine derart teure Sanierung und nicht eine um 30 Prozent billigere Teilkapitalisierung durchführen soll, und erst noch die Bedingungen festlegt, dann soll er auch bezahlen. Wir können uns das einfach nicht leisten. Wir wollen uns nicht vor unseren Sanierungsverpflichtungen drücken, aber wir müssen uns diese leisten können. Dabei war von den auf Gemeindeebene assoziierten Arbeitgebern, die staatliche Leistungen erbringen, wie die Alters- und Pflegeheime, Spitexvereine et cetera, noch gar nicht die Rede. Was mit der Deckungslücke dieser Mitglieder zu geschehen hat, wissen wir nicht, auch nicht, ob diese in Konkurs geschickt werden sollen oder ob für deren Deckungslücke – auch wenn dazu keine rechtliche Verpflichtung besteht – auch noch die Gemeinden aufkommen müssen. Da fehlt es seitens des Kantons an einem Konzept, und das akzentuiert den Leidensdruck zusätzlich. Gerade für diese Organisationen bietet die Initiative eine Lösung.

«Ich denke nicht, dass man abwarten muss, bis die Initiative alle Instanzen passiert hat.»

**Aber woher soll der finanziell angeschlagene Kanton das Geld für die ganze Finanzierungslast nehmen?**

Wir hoffen in erster Linie, dass die beim Kanton für die PK-Sanierung Verantwortlichen durch die Initiative zur Einsicht gelangen, dass an der Vorlage dringende Korrekturen vorgenommen werden müssen. So könnte dann auch die finanzielle Überforderung für den Kanton gemildert werden.

**Nun gibt es aber noch andere assoziierte Arbeitgeber wie etwa die Wirtschaftskammer oder die Autobus AG Liestal, die ebenfalls von einer Ausfinanzierung profitieren würden. Soll deren Deckungslücke mit Steuergeldern ausfinanziert werden?**

Das ist in der Tat nicht einzusehen. Aber die Organisationen, die keine staatlichen Leistungen erbringen, können an einer Hand abgezählt werden. Und mit denen kann mit Sicherheit eine separate Vereinbarung getroffen werden.

**Sicherheit für Verbraucher**

In den Karstgebieten der Jurahöhen werden die Prozesse untersucht, wie mikrobielle Belastung entsteht. In den tiefer gelegenen Schwemmgebieten (Birs, Frenke) geht es darum, welche



**Dem Kanton Beine machen.** Lukas Ott ist einer der Promotoren der Initiative, mit der sich die Gemeinden Gehör verschaffen wollen. Foto Dominik Pflüss

**Was aber passiert, wenn der Kanton alles ausfinanziert, und eine oder mehrere Gemeinden kehren der BLPK dann einfach den Rücken? Das wäre doch stossend?**

Das wäre tatsächlich stossend. Und darum haben wir in den Erläuterungen zur Initiative den Hinweis angebracht, dass man sich für fünf Jahre zum Bleiben verpflichten soll. Von der rechtlichen Grundlage ist eine längere Verpflichtung gar nicht möglich. Ebenfalls stossend aber ist, dass der Finanz- und Kirchendirektor deswegen mit der Ungültigerklärung droht, weil die Initiative einen Vertragszwang beinhalte. Dabei geht es um nichts anderes als um eine Anstandsregelung. Doch Adrian Ballmer hat sie ins Gegenteil verkehrt. Das Bestreben der Initianten ist es, die Gemeinden bei der BLPK zu behalten mit dem Ziel einer einheitlichen Lösung für alle Gemeinden als Arbeitgeber.

**Ihr Bestreben geht also in Richtung Bewahrung der Einheitlichkeit?**

So ist es. Und damit versuchen wir, die Absatzbewegungen aufzuhalten. Die Sanierungsvorlage der Regierung aber führt zum Gegenteil, indem diejenigen, die es sich leisten können, der BLPK so schnell wie möglich den Rücken kehren. Und es wären die finanzschwachen Gemeinden, die bleiben müssten, ihren Rentnern schlechtere Bedingungen anbieten müssten und dadurch zu unattraktiven Arbeitgebern würden.

**Die Initiative findet grossen Zuspruch. Fünf Gemeinden braucht es zum Zustandekommen, was mühelos gelingen wird.**

**Auch im Volk scheint die Initiative auf Zustimmung zu stossen. Doch: Könnte es nicht sein, dass der ganze Reformprozess so torpediert wird und dass die Reform nicht wie vom Bundesrecht verlangt am 1. Januar 2014 steht?**

Ich gehe auch davon aus, dass die Initiative breit unterstützt wird. Bis heute wird sie in 40 Gemeinden durch offizielle Beschlüsse der Gemeinderäte unterstützt, und es werden noch mehr werden. Ich denke nicht, dass man abwarten muss, bis die Initiative alle Instanzen passiert hat. Es geht doch vielmehr darum, die Botschaft ernst zu nehmen, sie aufzunehmen und in einem konstruktiven Gegenvorschlag so umzusetzen, dass die Sanierung signifikant günstiger wird. Mit einer Teilkapitalisierung, aber auch mit einer günstigeren Refinanzierung. **Sie wollen also primär dem Kanton Beine machen?**

Ich hoffe, dass die Initiative das auslöst und dass sie Bewegung in die Sache bringt. Sollten die Zeichen aber weiter ignoriert werden, dann droht dem Kanton, dass er seine teuren Pläne am Schluss auch selber finanzieren muss.

**Also eine Initiative nach dem Muster von Hans Rudolf Gysin, über die nicht unbedingt abgestimmt werden muss, wenn sich der gleiche Effekt auch anders erzielen lässt?**

Der Weg ist offen, aber der Ball liegt beim Kanton. Zu verhindern gilt es aber eine Pattsituation, bei der auf kantonaler Ebene eine Vorlage angenommen wird, die auf Gemeindeebene jedoch keine Mehrheit findet.

## Nachrichten

### Mehr Lebensraum für Fische im Rhein

**Basel/Stein am Rhein.** Im Hochrhein zwischen Stein am Rhein und Basel sollen Fische und Kleintiere wieder mehr Lebensraum erhalten: Fachleute aus der Schweiz und Deutschland haben darum einen Masterplan erarbeitet, wie das Bundesamt für Energie (BFE) gestern in Bern mitteilte. Mehrere Fischarten sind in den letzten Jahrzehnten aus dem Hochrhein verschwunden. Heute gibt es laut BFE-Communiqué noch 31 Fischarten, etwa Äsche, Bachforelle oder Barbe, im Hochrhein, die sich unter anderem von Kleintieren ernähren, die in den Hohlräumen der Sohle des Flusses leben.

### Lernfahrer rast mit Töff innerorts mit Tempo 118

**Bottmingen.** Mit 118 Stundenkilometern ist auf der Fiechthagstrasse in Bottmingen am Freitag ein 19-jähriger Motorradfahrer in eine Radarfalle getappt. Die erlaubte Höchstgeschwindigkeit ist an dieser Stelle 60 km/h; nach Abzug der gesetzlichen Toleranz fuhr der Mann noch immer 52 km/h zu schnell. Den Lenker, der erst im Besitz des Lernfahrausweises war, erwartet eine hohe Geldbusse sowie ein mehrmonatiger Fahrausweisentzug, wie die Polizei mitteilt.

### Verletzter nach Auffahrunfall vor Rotlicht

**Oberwil.** Bei einem Auffahrunfall in Oberwil wurde am Montagvormittag ein 58-jähriger Autofahrer verletzt. Der Zusammenstoss ereignete sich beim Lichtsignal auf der Kreuzung Therwilstrasse/Bottmingerstrasse. Ein 21-jähriger Autofahrer registrierte zu spät, dass der Lenker vor ihm vor der Ampel angehalten hatte, worauf es zum Zusammenstoss kam, wie die Polizei mitteilt. Der Lenker im vorderen Auto beklagte sich während der Unfallaufnahme über Schmerzen im Nacken.

## Ausser Lauber will niemand

Nur ein CVP-Regierungskandidat



**Anton Lauber.**

**Liestal.** Anton Lauber bleibt CVP-intern der einzige Kandidat für die Nachfolge des kürzlich verstorbenen Regierungsrats Peter Zwick. Bis gestern Mittag hatten die Sektionen Zeit, der Parteileitung weitere Kandidaten anzumelden.

Diese Frist ist ungenutzt verstrichen, wie CVP-Geschäftsführer Simon Oberbeck auf Anfrage der BaZ bestätigt.

Anton Lauber ist der erklärte Wunschkandidat der CVP-Leitung. Der 52-jährige Jurist sitzt seit 16 Jahren im Allschwiler Gemeinderat; seit acht Jahren ist er dessen Präsident. Mit nur einer Kandidatur scheint zumindest CVP-intern das Rennen bereits gelaufen, bevor es wirklich begonnen hat. Offiziell nominiert die Partei ihren Regierungskandidaten am Sonderparteitag von morgen Mittwoch. Die Regierungserstwahl wird am 9. Juni stattfinden. **dad**

# Wasser aus dem Hahnen soll sauber sein, egal woher es kommt

Amt für Umweltschutz und Energie untersucht zusammen mit Bundesanstalt die Faktoren, welche die Trinkwasserqualität beeinflussen

Von Michel Ecklin

**Liestal.** Vor knapp einem Jahr beschloss die Baseltbieter Regierung eine Wasserstrategie, um alle Tätigkeiten der Verwaltung, die etwas mit Wasser zu tun haben, zu koordinieren. Seit Anfang März läuft jetzt als erster konkreter Umsetzungsschritt das Projekt «Regionale Wasserversorgung Basel-Landschaft 21». Ziel ist, «strukturelle Defizite in der Wasserversorgung an konkreten Modellregionen zu ermitteln und daraus spezifisch für den Kanton Basel angepasste Lösungen zur Sicherung der Trinkwasserqualität zu erarbeiten», wie Adrian Auckenthaler, Pro-

jektleiter beim Amt für Umweltschutz und Energie (AUE), gestern vor den Medien erklärte.

Der Hintergrund: Trinkwasser wird im Baselbiet unter sehr unterschiedlichen Bedingungen gefasst. Wie sich diese Bedingungen auf die Wasserqualität auswirken, das untersucht das Projekt in fünf ausgewählten Modellgebieten im Kanton.

**Sicherheit für Verbraucher**

In den Karstgebieten der Jurahöhen werden die Prozesse untersucht, wie mikrobielle Belastung entsteht. In den tiefer gelegenen Schwemmgebieten (Birs, Frenke) geht es darum, welche

Rolle Wasserversickerung spielt. Im Hardwald geht es um den Zusammenhang zwischen den Betriebszuständen der Wasserkanäle und der Wasserqualität. Zudem analysiert das Projekt, ob neben der bereits bestehenden Aktivfilterkohleanlage weitere Massnahmen zur Reinigung des Rheinwassers nötig sind. Und schliesslich stellt das Projekt die Frage, wie die meist kleinräumigen Wasserversorgungen im Kanton in Zukunft aussehen sollen, um die Sicherheit für Verbraucher zu gewährleisten.

Das theoretische Wissen holt das AUE von der Eidgenössischen Anstalt für Wasserversorgung, Abwasserreinigung und Gewässerschutz (Eawag), die

das Projekt mitträgt. Dieses gemeinsame Anliegen sieht AUE-Leiter Alberto Isenburg als «pionierhaft» an. Bisher habe der Bund informiert, und die Gemeinden seien bei der Umsetzung auf sich gestellt gewesen. «Hier geht es um eine gemeinsame Umsetzung in der Praxis», betont er.

**Der Steuerzahler zahlt fast nichts**

Am Ende des Projekts in drei Jahren wird der Kanton eine Reihe von Empfehlungen an die Wasserversorger in der Hand haben. Für Isenburg steht fest, dass deren Anwendung nicht gegen den Willen der Gemeinden geschehen kann. Gleichzeitig stellt Hansruedi

Siegrist, Professor an der Eawag, klar, was ihm vorschwebt: Eine Trinkwasserversorgung nach dem Vorbild der Baseltbieter Abwasserentsorgung, bei welcher der Kanton federführend ist.

«Regionale Wasserversorgung Basel-Landschaft 21» kostet 5,3 Millionen Franken. Davon stammen 4,3 Millionen aus dem Trinkwasserfonds, den einige grossen Pharma- und Chemieunternehmen 2010 mit 20 Millionen Franken geüffnet hatten. Die Eawag übernimmt 700 000, das AUE 300 000 Franken. «Die Staatsrechnung wird mit dem Projekt also kaum belastet», sagt Isenburg. Er hofft auf eine Ausstrahlung des Projekts über die Kantongrenzen hinaus.